

Stellungnahme ALM/Grüne zum Haushalt 2016

Der Haushalt 2016 der Stadt Müllheim kommt daher wie die allermeisten Haushaltspläne der vergangenen Jahrzehnte: Die Haushaltslage ist wie jedes Jahr angespannt, die Schulden werden steigen und der Vermögenshaushalt muss wieder einmal den Verwaltungshaushalt stützen, das Niveau von Grund- und Gewerbesteuern wird demjenigen ähnlicher Gemeinden angepasst. Unser Kämmerer hat wie immer sein Bestes gegeben und kaufmännische Vorsicht walten lassen.

Zum Ende des jeweiligen Jahres konnten wir dann immer erfreut feststellen, dass alles besser ausgegangen ist wie befürchtet: Die Einnahmen waren oft um einige Millionen DM, seit 2001 € höher als geplant, der Verwaltungshaushalt konnte an den Vermögenshaushalt liefern und die Schulden waren kaum gestiegen, dafür die Rücklage.

Auch 2016 werden wir wieder diesem Ritual folgen.

Wir freuen uns, dass Schulen und Kitas die nötige finanzielle Aufmerksamkeit genießen, Jugend und Soziales nicht vernachlässigt werden, für die Flüchtlinge Menschenmögliches getan und finanziert wird, auch in die Problemlösung der bezahlbaren Wohnraumbeschaffung kommt Bewegung, wie wir meinen viel zu langsam. Dass in Müllheim ein großer Mangel an bezahlbarem Wohnraum, auch für Menschen mit geringem Einkommen, besteht, ist seit Jahren bekannt. Aber anstatt Wohnungen zu bauen, hat die Stadt Wohnungen aus ihrem Bestand verkauft. Wir halten es für nötig, dass noch in diesem Jahr mit dem Bau von entsprechenden Wohnungen begonnen wird.

Die geplante Errichtung von Containern für die Anschlussunterbringung von Flüchtlingen in der Nähe des Bahnhofs steht einer Integration entgegen.

Insgesamt könnte man manches anders und vielleicht auch besser machen, darüber werden wir dann im Einzelnen im Gemeinderat diskutieren und beschließen.

Der Beschluss des Haushaltsplanes verpflichtet die Verwaltung allerdings auch dazu, die Mittel für die vorgesehenen Maßnahmen einzusetzen, wir dürfen also erwarten, dass die Verwaltung die beschlossene Planung umsetzt.

An dieser Stelle sehen wir uns leider genötigt, kritische Worte an die Verwaltungsspitze also an Sie, Frau Bürgermeisterin Siemes-Knoblich, zu richten:

Sie sind im vergangenen Haushaltsjahr dadurch aufgefallen, dass Sie Mehrheitsbeschlüsse des Gemeinderats einfach nicht respektieren und damit nicht nur bei diesem Gremium sondern auch bei der Bürgerschaft, die es gewählt hat, Unmut hervorrufen.

Wir dürfen hier zwei haushaltsrelevante Beispiele anführen: Der Gemeinderat hat mit dem Haushaltsplan 2015 beschlossen, 50.000 € zur Angebotsverbesserung im ÖPNV zu verwenden. Dieser Beschluss hat Ihnen offenbar nicht gefallen und Sie haben es geschafft, seine Umsetzung zu vereiteln. Die vom Gemeinderat und sachkundigen Bürgern vorgeschlagenen Möglichkeiten der Mittelverwendung haben Sie mit dem Argument, darüber müsste ein von Ihnen geplanter Arbeitskreis in einem Mobilitätskonzept entscheiden, zurückgewiesen. Dieses Konzept würde dem Gemeinderat

nach der Sommerpause vorgestellt, so dass konkrete Maßnahmen für den Fahrplanwechsel nochmals beschlossen werden könnten. Dieses ist bis heute, mehr als ein halbes Jahr später als versprochen leider immer noch nicht beim Gemeinderat angekommen.

Sie nehmen für sich in Anspruch, die Bürger in wichtigen Angelegenheiten „mitnehmen“ zu wollen, Sie scheuen sich aber nicht diese Bürger in Ihrem Sinne zu manipulieren: so geschehen bei dem von Ihnen offenbar so ungeliebten Thema ÖPNV im letzten Workshop des AK Mobilität.

Sie haben die Themen begrenzt auf Bereiche, die wir als Kommune beeinflussen können: dazu gehöre nicht der ÖPNV, also auch nicht das Busangebot, hier sei nur der Zweckverband Regionaler Nahverkehr Freiburg zuständig – das ist bekanntlich unrichtig-, da Angebotsverbesserungen hier gerade nur durch die Stadt finanziert werden können, wie es ja tatsächlich im Haushalt 2015 schon beschlossen war. Sie haben den Bürgern dadurch verwehrt, ihre Prioritätenpunkte an den Schautafeln für diese Verbesserungswünsche zu vergeben.

Ohne Wenn und Aber werden hingegen trotz angespannter Haushaltslage 730.000€ für die Sanierung der Habspergstraße eingeplant, de facto eine kurze Sackstraße, verkehrlich völlig bedeutungslos.

Ein weiteres Beispiel für haushaltsrelevantes uns unverständliches Agieren ist folgendes: Es ist sicher ein begrüßenswertes Bestreben, Verwaltungskosten zu senken und damit Haushaltsentlastung zu erreichen. Dieses Ansinnen wird in seiner konkreten Umsetzung jedoch vorbei am Gemeinderat mit sachfremden Argumenten eingefädelt. Man will im Gemeindeverwaltungsverband Synergien schaffen, die Müllheim zu Gute kommen.

Dagegen ist nichts einzuwenden, aber warum lässt sich Frau Siemes-Knoblich von der Gemeindeverwaltung Badenweiler dergestalt erpressen, dass sie entgegen ihrer eigenen Überzeugung jedwede Windkraftnutzung am Blauen verhindert obwohl sich der Gemeinderat mit 15 zu 8 Stimmen trotz Einschränkung durch Wanderfalkenvorkommen nicht einmal für Windräder sondern nur für die Möglichkeit einer Prüfung des Standortes durch die zuständigen Fachbehörden ausgesprochen hat? Auch dieser Beschluss wurde nicht respektiert sondern mit umstrittenen Mitteln letztlich eine denkbar knappe Zufallsmehrheit in ihrem Sinne herbeigeführt.

Das Verhalten unserer Verwaltungsspitze in seinem Sinne hat Badenweiler bereits honoriert. Zum Dank hat es seine Beteiligung an den Abendbuslinien gestrichen mit entsprechenden finanziellen Nachteilen für Müllheim.

Uns bleibt nur zu hoffen, dass unsere Kritik auf offene Ohren stößt, dass Frau Siemes-Knoblich in der zweiten Hälfte ihrer Amtszeit eine vertrauensvolle von Respekt getragene Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat pflegt indem sie Beschlüsse akzeptiert auch wenn sie einmal nicht ihren Vorstellungen entsprechen und sich bewusst ist, dass das Gedeihen eines Mittelzentrums auch vom Rückhalt der

Verwaltungsspitze im Gemeinderat getragen wird. Dieser Rückhalt darf nicht durch undemokratisches Agieren aufs Spiel gesetzt werden.

Wir geben in dieser Stellungnahme kein Votum für den Haushalt 2016 ab sondern überlassen es jedem Fraktionsmitglied auch in Würdigung der vorangegangenen Debatten seine eigene Entscheidung zu treffen.